



!ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!

Haushaltseinbringung am 3. November 2025

Haushaltsrede Oberbürgermeister Peter Boch

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates,
sehr geehrte Kollegen,
geschätzte Mitglieder der Verwaltung,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse,
liebe Pforzheimerinnen und Pforzheimer,
verehrte Anwesende,

für das Haushaltsjahr 2025 zeichnet sich ein Haushaltsdefizit in Höhe von 889 Millionen Euro ab. Regierungspräsidium genehmigt der Stadt die Kredite nicht.

Man muss sich nun auf das noch Mögliche oberhalb des absolut Nötigen beschränken. OB legt „Liste des Grauens“ vor:

Abbau von Spielplätzen im Stadtgebiet. Erhöhung der Parkgebühren um 100 Prozent. Einstellungsstopp, Stellenabbau, Bäderschließung, Streichung der Gewaltpräventionsmittel, Globale Minderausgabe, Erhöhung von Kitagebühren, Zurückfahren der Sportförderung. Erhöhung der Gewerbe-, der Grund- und der Hundesteuer.

Nein, das bezieht sich alles nicht auf Pforzheim. Aber all das konnte man dieses Jahr in der Presse und in Haushaltsentwürfen bzw. -reden von geschätzten Kollegen aus anderen Großstädten im Land finden.

Die Lage ist ernst für die Kommunen in Baden-Württemberg, große wie kleine.

Und nein, wir hier in Pforzheim leben nicht auf einer Insel der Glückseligkeit, auch uns betrifft die aktuelle Entwicklung. Doch, wir haben eine bessere Ausgangslage, die wir uns in den letzten Jahren erarbeitet haben. Durch den konsequenten Abbau von Schulden und eine Entschlackung des Haushaltes. Deshalb kann ich Ihnen heute zum fünften Mal einen, aus unserer Sicht genehmigungsfähigen Haushaltsentwurf vorlegen, ohne Streichlisten und Steuererhöhungen. Einen Doppelhaushalt, der wieder einmal unter großen Anstrengungen, mit viel Fleiß und Sorgfalt durch die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung erstellt wurde. Ein, wenn Sie so wollen, Gesamtkunstwerk, in das unter der Federführung unseres Finanzdezernenten und der Stadtkämmerei aber tausende Arbeitsstunden eingeflossen sind.

Mein Dank hierfür gilt unserem derzeit krankgeschriebenen Ersten Bürgermeister und unserem Kämmerer Konrad Weber samt seinem Team und auch der Abteilung Controlling im PHA. Er gilt ebenso meinen beiden geschätzten Kollegen auf der Bürgermeisterbank, Frank Fillbrunn und Tobias Volle sowie der Ortsvorsteherin und den Ortsvorstehern. Er gilt den Leitungen unserer Ämter und Eigenbetriebe mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Personalräten der Stadt Pforzheim. Und auch Ihnen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, darf ich an dieser Stelle danken. Für Ihre konstruktive Mitarbeit im Haushaltsstrukturausschuss und natürlich vor allem für den Eckdatenbeschluss, den wir gemeinsam auf unserer letztjährigen Klausur vorbereitet und dieses Jahr getroffen haben.

Ein wegweisender Beschluss aus mehreren Gründen:

Zum einen setzen wir künftig noch stärker auf Budgetierung. Mit der neuen Richtlinie wird den Dezernaten und Fachbereichen eine höhere Flexibilität aber auch größere Verantwortung für ihre Budgets zugewiesen. Das ist ein großer Vertrauensbeweis von Seiten des Rates, den wir sehr zu schätzen wissen und der uns künftig schneller und schlagkräftiger machen wird. Immer mit dem Ziel, die vom Gemeinderat übertragenen Aufgaben zu erfüllen. Das ist und bleibt die oberste Prämisse.

Zum anderen haben wir uns alle darauf verständigt, das Investitionsvolumen der beiden Haushaltsjahre 2026 und 2027 auf maximal 40 Millionen Euro pro Jahr zu begrenzen. Das ist ein bedeutender und vor allem ein ehrlicher Schritt. Es ist ein klares Bekenntnis zu einem realistischen Haushalt, einem Haushalt des Leist- und Machbaren. Und ja, das bedeutet mitunter harte Entscheidungen treffen und Menschen enttäuschen zu müssen. Denn dann steht die Maßnahme, die vollkommen berechtigt und sinnvoll ist, nicht im Haushalt, sondern auf der Investitionsliste 2031 fortfolgende. Nicht, weil wir sie nicht umsetzen möchten, sondern weil wir so ehrlich sind und sagen: Wir können sie realistischerweise nicht umsetzen. Und es ist ehrlich gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, wenn wir das dann auch klipp und klar sagen, anstatt es in den Haushalt zu schreiben, wohl wissend, dass es trotzdem nicht kommen wird. Dies, draußen, in der Bürgerschaft, bei den Betroffenen zu vermitteln und zu vertreten ist nicht angenehm. Das erfordert Rückgrat. Und ich bin froh, dass unser Gemeinderat das hat.

Die 40 Millionen sind dabei nicht in Stein gemeißelt. Das sehen Sie schon beim Blick auf die nächsten zwei Jahre. Da liegen wir über dieser Grenze. Das hat einen, wie ich finde, triftigen, ja sogar erfreulichen Grund. Wir können nämlich zwei Kita-Neubauten, in Hohenwart und Büchenbronn vorziehen und damit schneller zusätzliche Betreuungsplätze zur Verfügung stellen. Dank eines neuen Ansatzes, mit der Beauftragung eines Totalunternehmers. Das sind keine zusätzlichen Investitionsmittel, sondern lediglich vorgezogene. Daher werden wir über den gesamten fünfjährigen Finanzplanzeitraum auch die 40 Millionen im Mittel einhalten.



Kommen wir zur entscheidenden Frage: Worin wollen wir investieren? Wenn es nach mir geht, dann investieren wir bis 2030 rund 40 Millionen Euro in die Bildung und Betreuung unserer Kinder. Allein 410 neue Kitaplätze wollen wir schaffen. Dadurch können wir das Defizit im Bereich der Ü3 bis 2030 tatsächlich schließen. Bei den Jüngeren brauchen wir leider noch etwas länger, schließlich müssen wir auch beim Hortplatzausbau parallel vorankommen. Hier werden ebenfalls über 100 neue Plätze entstehen. Wir steigen richtig ein, bei dem größten Bildungsinfrastrukturprojekt unserer Stadt in den letzten Jahrzehnten, dem Insel-Campus. Wir nehmen über 28 Millionen Euro für unsere Feuerwehr und den Katastrophenschutz in die Hand, um die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger weiter zu verbessern. Wir investieren über 25 Millionen Euro in die Verkehrsinfrastruktur und fast genauso viel in das Themenfeld Stadtentwicklung samt Sanierungsgebieten. Wir fördern den Wohnbau mit 20 Millionen Euro und die Bereiche Sport und Kultur mit über 7 Millionen Euro. Außerdem halten wir 30 Millionen Euro bereit, um mit ihnen strategischen Grunderwerb vornehmen zu können. Und abschließend noch eine Zahl, die die Menschen in Büchenbronn, Eutingen, Hohenwart, Huchenfeld und Würm interessieren wird: Bis 2030 investieren wir rund 34 Millionen Euro in unsere fünf Ortsteile. Und in diesen Beträgen ist die Investition in unser neues Panoramabad auf dem Wartberg noch gar nicht enthalten, da sie im Wirtschaftsplan des EPVB abgebildet wird.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, was wir Ihnen vorschlagen, ist kein „Nothaushalt“, es ist wieder ein mutiger „Zukunftshaushalt“, der unsere Stadt voranbringen wird. Es ist, wie schon eingangs erwähnt, auch wieder ein ehrlicher Haushalt des Machbaren. Es ist vor allem ein Haushalt, der ohne Steuererhöhung auskommt. Im Gegensatz zu vielen anderen Kommunen im Land, kommen wir ohne solche aus. Die Senkung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer haben Bestand.

Allerdings, und das gehört zur Ehrlichkeit dazu, rechnet die Stadtkämmerei im Finanzplanungszeitraum ab 2028 mit der Rücknahme dieser Steuersenkungen. Wenn ich sage, sie rechnet damit, dann meine ich nicht, sie geht fest davon aus, dass es geschieht, denn das ist alleine die Entscheidung dieses Gremiums. Doch, wenn sich die Wirtschaft, das Steueraufkommen und die Aufwände so entwickeln, wie es Stand heute prognostiziert wird, dann werden wir uns spätestens 2028 darüber unterhalten müssen, wie wir damit umgehen. Dann müssen wir darüber reden, wie wir unseren Aufwand verringern oder unsere Erträge steigern oder beides gleichzeitig. Oder die Rahmenbedingungen ändern sich bis dahin grundlegend.

Denn eines ist klar, die Zeiten und Aussichten sind gar nicht rosig. Was ich zu Beginn geschildert habe, geschieht gerade landauf landab. Und wenn Sie mich fragen, es kann so nicht weitergehen. Die Kommunen sind die Basis unseres demokratischen Rechtsstaates. Wir stehen jeden Tag im direkten Kontakt mit unseren Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Wir setzen fast alles um, was andernorts entschieden wird und wir kassieren die Prügel für alles, was schief läuft. Das ma-



chen wir gern, es ist unsere Pflicht. Aber man muss uns dann auch die Mittel an die Hand geben, um diese Pflicht zu erfüllen. Ein Rechtsanspruch auf Kita- und Hortplätze ist eine wunderbare Sache und auch richtig, genauso wie das Bundesteilhabegesetz, aber so etwas lässt sich leicht in Berlin oder Stuttgart beschließen, umsetzen müssen wir es. Und das sind nur zwei Beispiele von vielen.

Kurzum, wir Kommunen brauchen Hilfe. Diesbezüglich setze ich immer noch Hoffnungen in die aktuelle Bundesregierung, noch viel mehr aber in die kommende Landesregierung. Am Ende geht es nicht nur um die finanziellen Mittel, sondern auch um die personellen Ressourcen. Alles, was wir uns von anderer Seite auferlegt wird, aber auch alles, was wir uns selbst vornehmen, muss durch die Mitarbeitenden der Stadt Pforzheim erledigt werden.

Dank der Bespielung aller Kanäle, kostenfreiem Deutschland-Ticket, Betriebsfest, Tarifierhöhung im Öffentlichen Dienst und zahlreichen weiteren Personalfördermaßnahmen konnten wir die Zahl der offenen Stellen deutlich senken. Trotzdem gibt es derer aktuell noch 150 plus 50, die extra für den Kita-Bereich reserviert sind. Vor diesem Hintergrund haben wir uns in enger Absprache mit dem Gesamtpersonalrat und den Einzelpersonalräten – danke dafür an dieser Stelle –, entschieden, nur neue Stellen in unseren Eigenbetrieben auszuweisen und nicht in der Kernverwaltung.

Hier wollen wir bei der sogenannten Bewirtschaftung der freien Stellen künftig noch progressiver, flexibler und auch kreativer vorgehen. Es gilt weiterhin, wenn wir Stellen mit geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern besetzen können, dann werden wir das weiterhin tun. Wir weisen keine guten Leute, die mit uns arbeiten wollen, zurück.

Die Pforzheimer Stadtverwaltung ist ein starkes Team, das sich über jede Verstärkung freut. Lassen Sie mich an dieser Stelle allen Mitarbeitenden, in der Kernverwaltung und den Eigenbetrieben, herzlich für ihren unermüdlichen Einsatz für unsere Stadt danken.

Meine Damen und Herren, der Entwurf des Doppelhaushaltes, den wir Ihnen heute vorlegen, ist aus unserer Sicht genehmigungsfähig. Mit Sicherheit werden wir mit unserm Regierungspräsidium in Karlsruhe wieder über Auflagen und Bedingungen sprechen vor dem Hintergrund der geplanten Kreditaufnahmen.

Ich bin zuversichtlich, dass diese Gespräche erneut konstruktiv und erfolgreich verlaufen werden. Doch zunächst müssen wir uns auf einen Haushalt einigen, den wir dann vorlegen. Ich freue mich auf meine fünften Haushaltsberatungen mit dem Gemeinderat. Und ich bin sehr zuversichtlich, dass wir hart in der Sache und kollegial im Ton diskutieren werden, um am Ende einen zukunftsweisenden Doppelhaushalt für Pforzheim mit allen seinen Orts- und Stadtteilen aufstellen werden